Pressemitteilung

Rechtsextremismus an Schulen - Gemeinsames Positionspapier der Landesschülervertretungen der Ostländer

Dresden, 3. April 2024. Rechtsextremismus ist ein aktuell steigendes Problem der Gesellschaft, bei dem wir feststellen müssen, dass es keinen Halt vor den Toren der Schulen macht. Völkische Narrative, antisemitische Verschwörungstheorien und extremistisches Gedankengut treten auch im Raum Schule immer häufiger zu Tage und treffen dabei auf eine Schulgemeinschaft, die personell, materiell und vom Wissen her schlecht vorbereitet ist.

Tische und Wände, welche mit Hakenkreuzen versehen sind, Klassen- oder Jahrgangsgruppen gefüllt mit verfassungsfeindlichen Symbolen oder auch offen gezeigte Hitlergrüße im Schulumfeld sind an manchen Stellen keine Randphänomene mehr. Selbstverständlich kann man nicht bei jedem Auftreten solcher Aktionen von Jugendlichen sofort auf eine tief verankerte rechte Gesinnung schließen. Klar ist aber, dass die Hemmschwelle an vielen Stellen sinkt, das Bewusstsein für die Bedeutung solcher Taten wird geringer und die Bereitschaft, verfassungsfeindliche Aussagen als legitime Meinungsäußerung einzustufen, höher.

Für uns ist klar, dass Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit nicht nur eine besonders große Verantwortung für das “nie wieder” trägt, sondern eben auch einen konkreten historischen Hintergrund besitzt, den man beim Kampf gegen verfassungsfeindliche Gesinnungen nutzen muss und sollte. Durch das Einbeziehen von konkreten geschichtlichen Beispielen können so abstrakte gesellschaftliche Entwicklungen greifbarer dargestellt und durch das entsprechende Bewusstsein dafür ein wirksamer Schutz aufgebaut werden. Offensichtlich ist aber auch, dass die Taten vom Nazi-Deutschland immer weiter in der

Vergangenheit liegen und die jungen Menschen dadurch immer weniger direkten Bezug zu der Zeit spüren. Gespräche mit Zeitzeugen werden immer seltener und auch in den Familien liegen mittlerweile mehrere Generationen zwischen der Kriegsgeneration und der heutigen Gen Z.

Folglich muss auch an dieser Stelle die Institution Schule ein ausreichend großes Wissen über die Vergangenheit sicherstellen. Erreicht werden kann das durch eine Stärkung des Geschichtsunterrichts.

Wir müssen aber auch feststellen, dass moderner Rechtsextremismus mittlerweile in anderen, meist verschleierten Formen auftritt. Besonders im digitalen Raum beeinflussen Algorithmen, teils durch KI generierte Fake News und breitgefächerte Propaganda, immer stärker die Mei-

nungsbildung der Gesellschaft. Besonders junge Menschen, welche nicht den Umgang mit modernen Informationsquellen erlernen, sind dafür anfällig, über das Netz zu radikalisieren und Grundprinzipien einer Demokratie zu hinterfragen.

Umso wichtiger ist es, in der Schule den Umgang mit diesen Medien zu lehren und gleichzeitig über die Methoden der modernen Rechte aufzuklären. Auch sollten die Fächer wie Politik oder Sozialkunde ausgebaut und im Wahlpflichtbereich attraktiver gemacht werden. Auch in der Sekundarstufe II müssen entsprechende Fächer angeboten und gefördert werden.

Dabei sollte im Unterricht fächerübergreifend der demokratische Streit, eine fundierte politische Urteils- und Meinungsbildung sowie ein wertschätzendes Miteinander erlernt werden. Lehrkräfte sollen dabei die Rolle von Mentoren einnehmen, welche die richtigen Methoden an die Hand geben, bei der Informationsbeschaffung unterstützen und für einen gerechten Diskurs sorgen. Dadurch soll in der Schule ein Umfeld entstehen, in dem offen und quellenkritisch diskutiert werden kann. Dafür sollten Pädagogen entsprechend ausreichend weitergebildet und ausgestattet werden. Auch sollten Fortbildungsmöglichkeiten für den Umgang mit rechtem Gedankengut und Radikalisierungen bei Lernenden angeboten werden, sodass das Personal mit dem aktuellen Problem nicht allein und unvorbereitet gelassen werden.

Außerdem sollten Projekte gefördert werden, die die Vorteile einer pluralistischen Gesellschaft hervorheben und interkulturellen und internationalen Austausch (Auslandsschulpartnerschaften) als Ziel haben. Auch müssen mittelbare Faktoren, welche eine Extremisierung begünstigen, erkannt und abgeschafft werden. Dazu zählt die Schaffung einer flächendeckenden Chancengerechtigkeit, der Ausbau von Resilienzen innerhalb der Schülerschaft und die Verringerung von Einsamkeitserfahrungen bei jungen Menschen.